

eGovernment kein Demokratieersatz!

Von Frank Kuschel

„Nur wenn der verstärkte Einsatz moderner elektronischer Verfahren und Kommunikationstechniken gekoppelt wird mit dem Ausbau der direkten Demokratie, wird der Nutzen für die Bürger und die Wirtschaft steigen“, ist sich der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE Frank Kuschel sicher. Unbestritten hat der Einsatz moderner Medien und elektronischer Technik die Leistungsfähigkeit der Landes- und Kommunalverwaltung gestärkt. Die Kommunikation mit Behörden über Internet ist heute fast schon eine Selbstverständlichkeit. Doch der schnellere Zugang zu Behörden und zu Informationen führt nicht automatisch zu einer höheren Transparenz behördlichen Handelns. Eine bürgerorientierte Verwaltung setzt ein höheres Maß an Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten für die EinwohnerInnen voraus. „EinwohnerInnen wollen nicht mehr nur verwaltet werden, sondern zunehmend mitentscheiden und mitgestalten“, schätzt Frank Kuschel ein.

In der Enquetekommission „Zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen“ fand unlängst zu diesem Thema, auch eGovernment genannt, eine öffentliche Anhörung statt. Die Mehrzahl der Anzuhörenden sehen in dem Einsatz moderner elektronischer Verfahren große Chancen zur Stärkung des behördlichen Handelns. Auf Nachfragen der Vertreter der LINKEN wurde aber auch die Einschätzung getroffen, dass die Informationsfülle die Bürger oftmals überfordert. Es wurde angeregt, im Dialog mit den Bürgern und der Wirtschaft abzuwägen, welche Informationen in welchem Umfang über elektronische Medien öffentlich gemacht werden. Das Land und die Kommunen investieren seit Jahren Millionenbeträge in moderne elektronische Technik. Diese Investitionen werden nur dann den gewünschten Nutzen bringen, wenn auch in die Demokratie investiert wird.

Auch muss beachtet werden, dass gegenwärtig noch ein Teil der Bevölkerung das Internet für die Erledigung von Behördenangelegenheiten nicht nutzt. Dies betrifft u. a. die Senioren und sozial Benachteiligte.

Es reicht nicht, so wie die CDU, nur ein „elektronisches Amt“ schaffen zu wollen. Dadurch erübrigt sich zwar mancher persönlicher Behördengang, eine bürgerorientierte Verwaltung ist dadurch noch lange nicht gesichert. „Notwendig ist es, die EinwohnerInnen bereits in der Phase der Entscheidungsfindung stärker zu beteiligen und einzubeziehen und nicht nur die Ergebnisse öffentlich zu machen“, fordert der Linkspolitiker. Die jüngste Entscheidung der CDU, bei Bürgerbegehren die so genannte Amtsstubensammlung einzuführen, befördert eher die Politikverdrossenheit und ist keinesfalls eine Einladung für mehr Mitwirkung. Auch die Umstellung des kommunalen Haushaltsrechts von der Kameralistik auf die Doppik trägt nicht flächendeckend zu einer höheren Transparenz der Kommunalfinanzen bei. Es ist den Bürgern oftmals kaum vermittelbar, Bereiche der Daseinsvorsorge als Produkte zu definieren.

Die Thüringer LINKE setzt sich konsequent für die Projekte „Bürgerkommune“ und „Bürgerhaushalt“ ein. Moderne elektronische Verfahren können hier eine gute Ergänzung zu den ausgebauten demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten sein. Es bleibt dabei: Die Verwaltung muss für den Bürger da sein und nicht umgekehrt. Dieser Grundsatz muss auch für den Einsatz moderner elektronischer Techniken gelten. „Die Technik muss in erster Linie den EinwohnerInnen dienen und nicht nur innerhalb der Verwaltung für Optimierungen sorgen“, so Frank Kuschel abschließend.